

Internationale Gewerkschaftskonferenz

In den Verhandlungen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern über dessen Eröffnungssitzung wir bereits in letzter Nummer berichteten, rief der ablehnende Brief aus England bekanntlich eine gereizte Debatte hervor. Schliesslich einigte sich die Konferenz auf eine Resolution folgenden Inhalts:

„Die Internationale Konferenz bedauert sehr, dass es den Vertretern der französischen und italienischen Gewerkschaften durch ihre Regierungen unmöglich gemacht wurde, in Bern zu erscheinen. Sie nimmt Kenntnis vom Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale, durch welches diese das Fernbleiben ihrer Vertreter begründet. Diese Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz ist ihr unverständlich, weil sie im Widerspruch steht mit den Bestrebungen des Bundes und den Zielen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Konferenz betrachtet sich nicht als kompetent, über die Frage der Mitschuld der Völker und ihrer Regierungen am Krieg und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen und geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale zur Tagesordnung über, indem sie dem heissen Wunsch Ausdruck gibt, es möchten in allen Ländern die Führer und Massen des organisierten Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluss hinwirken.“

Über die Stellung der Tschechen (Böhmen) zum Internationalen Gewerkschaftsbund entspann sich ebenfalls eine kleine Debatte. Die Schweizer wollten eine Kommission eingesetzt wissen, welche den Streit zwischen den Österreichern und Tschechen aus der Welt schaffen helfen sollte. Die Österreicher aber wollen das mit den Tschechen allein besorgen und es wurde denn auch so beschlossen.

Zur Frage des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatte die Schweiz bestimmte Anträge gestellt, nach denen der Sitz in ein neutrales Land verlegt werde und die Organisation im Sinne der Vorschläge der Italiener und Franzosen erfolgen sollte. Es wurde hierzu eine Kommission eingesetzt; welche der Konferenz den folgenden Antrag unterbreitete, der gegen die Stimme der Schweiz angenommen wurde:

„Die Konferenz lehnt die Frage der Sitzverlegung prinzipiell nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Sitzverlegung des internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit der ursprünglichen Antragsteller selbst veranlassen jedoch die Konferenz, die Beschlussfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen.“

Um jedoch die Verbindung unter den dem Bunde angeschlossenen Landesorganisationen aufrecht zu erhalten, bestätigt die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam und beauftragt sie, ihre bisherige Vermittlungsarbeit fortzusetzen und auszubauen. Die Konferenz erwartet weiter, dass die Landesorganisationen alles daran setzen, dass die heute noch vorherrschenden Differenzen, die nur durch den Krieg entstanden sind, sobald als möglich beseitigt werden und die Einigkeit herbeigeführt wird.“

Die Diskussion der Forderungen der Gewerkschaften zum Friedenskongress, des sogenannten Friedensprogramms, nahm im Plenum der Konferenz wenig Zeit in Anspruch. Die Behandlung des Stoffes eignet sich nicht besonders für einen grösseren Kreis. Es wurde daher eine Kommission mit je einem Vertreter aus jedem Lande eingesetzt, welche den Auftrag hatte, die vorliegenden Anträge zu diskutieren und der Konferenz einen bereinigten Entwurf vorzulegen. Man muss den Bearbeitern des Leedser Programms das Zeugnis ausstellen, dass sie eine sehr fleissige und eingehende Arbeit geleistet haben. Trotzdem brauchte die Kommission zur Erledigung ihrer Aufgabe volle neun Stunden. Es wurden am Entwurf noch einige Ergänzungen vorgenommen, so ein neues Kapitel 9 über Seemannsrecht und Seemannsschutz eingeschaltet. Der Antrag des Schweizerischen Gewerkschaftskongresses, den sofortigen Achtstundentag für alle Arbeiter zu fordern, wurde aus Zweckmässigkeitsgründen mit allen Stimmen gegen die der Schweiz und Schweden abgelehnt. Das bereinigte Friedensprogramm wurde von der Konferenz einstimmig angenommen.

Über die Schritte, die zur Verwirklichung des Friedensprogramms unternommen werden sollen, gibt eine Resolution der Konferenz Wegleitung:

„Im Anschluss an die Aufstellung des Friedensprogramms richtet die internationale Gewerkschaftskonferenz an die Gewerkschafter und Arbeitervertreter aller Länder die dringende Aufforderung, für die Anerkennung und Durchführung der aufgestellten Arbeiterforderungen mit allen Kräften einzutreten.“

Alle gewerkschaftlichen Landeszentralen werden verpflichtet, die aufgestellten Forderungen ihren Landesregierungen baldigst einzureichen und sie zu veranlassen, bei den Friedensverhandlungen für die Annahme der internationalen Arbeiterforderungen einzutreten.

Die Konferenz verlangt und erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Ländern, dass zu der Festsetzung des sozialpolitischen Teiles der Friedens-Vereinbarungen Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden."

Damit waren die Konferenzverhandlungen erledigt. In Anbetracht der Umstände kann man mit dem Ergebnis zufrieden sein. Selbstverständlich wäre ihre Bedeutung eine andere gewesen, wenn den Franzosen und Italienern die Teilnahme an ihr von ihren Regierungen nicht verwehrt worden wäre. Die Konferenz hatte denn auch das Bedürfnis, den französischen und italienischen Genossen ihre Solidarität, trotz Krieg und Grenzpfählen, zu übermitteln. Sie tat dies mit dem folgenden Telegramm:

„Sämtliche Delegierte der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der italienischen und französischen Landeszentralen ihre brüderlichen Grüsse. Sie sprechen insbesondere den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die internationale Konferenz zu beschicken, und geben der Hoffnung Ausdruck, dass die Vertreter der französischen und italienischen Landeszentralen an der ersten folgenden internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des internationalen Gewerkschaftsbundes dann zur Verhandlung und Erledigung kommen und der I.G.B. machtvoller als je im Interesse der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann."

Legion, der Vorsitzende des I.G.B., gibt noch die Erklärung ab, dass die Deutschen nicht prinzipiell gegen die Sitzverlegung seien, im gegenwärtigen Augenblick aber die Forderung auf Sitzverlegung als ein Misstrauensvotum betrachten müssten, was ja auch von den Engländern gesagt werde.

Nach einigen Dankesworten von Legion an die Schweiz und einem Schlusswort des Genossen Oskar Schneeberger wurde die Konferenz nach viertägiger Dauer

Strassenbahner-Zeitung, 1917-10-19.
IGB > Gründung. 1917-10-19.doc.